

Erscheint wöchentlich 6 mal Abends. Bezugspreis für Thörn bei Abholung in der Geschäftsstelle, Brückenstraße 34, in den Ausgabestellen und bei allen Reichs-Postanstalten 1,50 Mark vierteljährlich, 50 Pf. monatlich, in's Haus gebracht 2 Mark.

Thorner

Anzeigengebühr die 5gesp. Kleinzeile oder deren Raum 10 Pf., an bevorzugt. Stelle (unter dem Strich) die Zeile 20 Pf. Anzeigen-Aannahme: in der Geschäftsstelle, Brückenstr. 34, für die Abends erscheinende Nummer bis 2 Uhr Nachm. Auswärts: Samml. Zeitungen u. Anzeigen-Aannahme-Geschäfte.

Ostdeutsche Zeitung.

Schriftleitung: Brückenstraße 34, 1 Treppe. Sprechzeit: 10-11 Uhr Vormittags und 3-4 Uhr Nachmittag. Fernsprech-Anschluß Nr. 46. Anzeigen-Aannahme für alle auswärtigen Zeitungen. Geschäftsstelle: Brückenstraße 34, Laden. Geöffnet von Morgens 8 Uhr bis Abends 8 Uhr.

Deutsches Reich.

Die Verlobungsgerüchte betreffen die Tochter des Prinzen Ludwig von Bayern mit dem österreichischen Thronfolger werden vom bayerischen Hofe kategorisch dementirt.

Das Deutsche Reich ist von der schwedischen Regierung aufgefordert worden, sich an einer internationalen planmäßigen Erforschung der biographischen und biologischen Verhältnisse des nordatlantischen Ozeans und der Ost- und Nordsee zu beteiligen.

Der „Vorw.“ hatte bekanntlich die Einbringung der Zuchthaus-Vorlage zuerst angekündigt. In der That, daß die sozialdemokratischen Fäden sich überall hin erstrecken, haben die „Berl. N. N.“ einen neuen Beweis für die erste Gefahr und die dringende Nothwendigkeit verstärkter Abwehr. Darauf erwidert der „Vorw.“: Es ist allerdings eine ernste Gefahr, daß wir etwas eher erfahren als die „B. N. N.“ Wir können aber die verehrliche Kollegin trösten, denn, wie wir ebenfalls zuverlässig erfahren, beabsichtigt die Regierung infolge unserer Indiskretion ein weiteres Preß- und speziell „Vorwärts“-Zuchthausgesetz einzubringen.

Der Gesetzentwurf zum Schutze der Arbeitwilligen findet, abgesehen von konservativen und gouvernementalen Kreisen, nirgends Anklang, insbesondere erklärt sich das Zentrum, das auch hier wieder den Ausschlag giebt, entschieden dagegen. Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ erfährt zuverlässig aus Berlin, die Regierung bestche auf der ersten Lesung des Gesetzes zum Schutze des Arbeitsverhältnisses noch vor der Vertagung des Reichstages. Das Blatt sagt, die Antwort des Reichstages auf dieses Gesetz könne nur die Ablehnung sein. Das Zentrum werde sich in seiner Haltung auch durch Thronen nicht weichen lassen. Es werde die Ablehnung des Gesetzes mit der Begründung verlangen, daß es einem persönlichen Wunsche des Kaisers entspreche. Wie die „Köln. Volksztg.“ ferner zuverlässig erfährt, wird der Reichskanzler die Vorlage im Reichstage selbst einbringen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ erklärt die Blättermeldung über eine angeblich bevorstehende Vertagung des Landtags als verfrüht. Angesichts des noch zu erledigenden Materials sei es verfehlt, wenn man schon jetzt mit einem Sessionseschluß Ende Juni oder Anfang Juli rechnen wollte.

Zu dem Erwerb der Karolinen und Marianen nimmt die „Köln. Ztg.“ Stellung. Das rheinische Blatt findet, die Erwerbung habe erhöhte Bedeutung durch die Besitzergreifung Neuguineas. Fortan ständen die deutschen Besitzungen von dort bis nach Neu-Guinea in fast ununterbrochener Verbindung, die auch auf Samoa ausstrahle. Was Bismarck vergeblich anstrebte, sei durch Bülow erreicht worden, trotz der großen entgegenstehenden Schwierigkeiten, die hauptsächlich darin bestanden, die Besitzergreifung zu vollziehen, ohne bei den interessirten Mächten auf Schwierigkeiten zu stoßen. Die „Köln. Ztg.“ begrüßt es, daß es einer klugen, zielbewußten und durchaus maßvollen Politik gelungen sei, die früheren amerikanischen Vorurtheile abzuschwächen, so daß heute Amerika Befriedigung darüber ausdrücke, daß es in Deutschland einen unternehmungslustigen und thatkräftigen Nachbar erhalte. Das „Berl. Tagebl.“ bezeichnet den Erwerb der Inselgruppe als einen großen Erfolg der Politik Kaiser Wilhelms II. und seines Staatssekretärs des Aeußern v. Bülow. Die „Volksztg.“ wünscht die Ablehnung der entsprechenden Vorlage durch den Reichstag. Auch die volksparteiliche „Freisinnige Zeitung“ äußert sich in einem Artikel mit der Ueberschrift „Neue werthlose Kolonien“ mißfällig über die Erwerbung der Karolinen. — Bemerkenswert ist, daß die neueste Nummer der „Nordb. Allg. Ztg.“ einen Artikel bringt, wonach das Deutsche Reich trotz der letzten Marinevorlage noch nicht Panzerschiffe genug habe.

Und die „Kreuztg.“ schreibt: „Bei aller Genußthuung indessen soll man die eine entschiedene gebotene Folge erweiterter Kolonialpolitik nicht vergessen: Sie bedingt auch eine fortschreitende Vervollkommnung der Mittel zum Schutze unserer Kolonien; denn kann das Deutsche Reich ihnen einen solchen nicht gewähren, so ist ihr Besitz zum mindesten ein sehr problematischer. Das eine geht mit dem anderen unweigerlich Hand in Hand. Und die, welche jetzt lauten Jubel erklingen lassen über den neuesten deutschen Zuwachs, sie sollen auch dann nicht murren, wenn das Reich von ihnen das verlangt, was es braucht, um seinen überseeischen Bestand zu schützen. — Thu Geld in Deinen Beutel, deutscher Steuerzahler! — Englische Blätter geben die Entschädigungssumme für die Karolinen z. auf 60 bis 80 Millionen Mark an. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet, daß die Entschädigungssumme 5 Millionen Dollar betragen soll. Nach Erklärungen der Madrider Regierung beläuft sich der Kaufpreis für die Karolinen, Palaoinseln und Marianen auf 25 Millionen Pesetas gleich 16 Millionen Mark. Spanien bezieht sich das Recht vor, auf jeder der drei Inselgruppen ein Kohlendepot zu errichten. Spanien bewilligt für die deutsche Einfuhr einen Konventionaltarif, falls Deutschland für die spanische Einfuhr die Meistbegünstigung gewährt.

Auf einen drahlischen Glückwunsch, den die Hamburg-Amerika-Linie aus Anlaß der Erwerbung der Karolinen, Palao- und Marianen-Inseln für das deutsche Reich an den Kaiser gerichtet hat, erhielt Direktor Ballin folgende Antwort: „Der warme Glückwunsch zu der Erwerbung der Karolinen-, Palao- und Marianen-Inseln, der mir von Ihrer Seite zugegangen ist, zeigt mir, daß die Bedeutung dieses Erwerbes für deutschen Handel und Verkehr und mein unablässiges Streben zur Hebung derselben richtig gewürdigt worden ist. Ich danke deshalb bestens für das Telegramm mit dem Wunsche, daß die deutsche Schifffahrt auch auf den Fahrten zu dem neuen deutschen Insellande von Gottes Segen begleitet sein möge. Wilhelm.“

Wie der „Voss. Ztg.“ aus Apia gemeldet wird, haben die Kommissare Mataafa eingeladen, an Bord des britischen Kreuzers „Badger“ zu kommen und haben ihm sichere Rückkehr verbürgt. Die Kommissare wünschen die Lage mit Mataafa freimüthig zu besprechen. Derselbe hat die Einladung angenommen. Dr. Solf ist in Samoa angekommen.

Nach einem Kieler Telegramm des „V. Ztbl.“ übertrug das Reichsmarineamt ferner der Germania-Werft den Bau eines erstklassigen Linien Schiffes, dessen Wasserdrängung größer als die des „Kaiser Wilhelm des Großen“, sein wird. Mit ihm wird das neue Linien Schiff das größte Kriegsschiff der deutschen Marine werden.

Die antisemitischen Gezeuden des Grafen Büdler-Tschirne beschäftigt am Sonnabend die 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts 1. Auf die Anklage der Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewaltthätigkeiten hatten sich der Redakteur der antisemitischen „Staatsbürgerzeitung“ Wilberg, der Geschäftsführer dieser Zeitung Bruhn, der Verleger des antisemitischen „Deutschen Generalanzeigers“ Karl Seblaczel und der frühere Redakteur des letzteren Schürkämper, zu verantworten. Die genannten Blätter hatten auf Ansuchen des Grafen Büdler Sonderausgaben mit dessen Gezeuden veranstaltet. Da Büdler selbst von der Ologauer Strafkammer freigesprochen worden war, stellten die Verteidiger den Antrag, die Sache zu vertagen, bis das Urtheil des Ologauer Gerichts durch das Reichsgericht geprüft sein werde. Der Gerichtshof lehnte aber die Vertagung ab. — Die Angeklagten bestritten, daß die Reden als Auforderungen zu Gewaltthätigkeiten aufgefaßt werden könnten. Der Angeklagte Seblaczel betonte, daß ihm die Reden noch lange nicht weit genug gehen. Der Geschäftsführer der „Staats-

bürgerzeitung“ Bruhn erklärte offen, daß er bei der Verbreitung der Sonderabdrücke der „Staatsbürgerzeitung“ lediglich geschäftliche Nettamezwecke im Auge gehabt habe. — Nach kurzer Beweisaufnahme über die Thätigkeit des Angeklagten Seblaczel beantragte Staatsanwalt Dr. Eger das Schuldig gegen die Angeklagten und zwar gegen Wilberg und Bruhn je 500 M. Geldstrafe ev. 50 Tage Gefängniß, gegen den Angeklagten Seblaczel mit Rücksicht auf seine Vorstrafen gegen Preßvergehen drei Monate Gefängniß, die gleiche Strafe gegen den Angeklagten Schürkämper, der Vorstrafen wegen Urkundenfälschung, Unterschlagung, Betruges und Obdachlosigkeit erlitten hat. Es sei verwunderlich, daß ein Mann, der so etwas auf dem Kerbholz hat, als Vorkämpfer und Verfechter des Deutschthums auftritt. Als der Verteidiger Rechtsanwalt Ulrich, bei Beginn seiner Ausführungen betonte, daß es sich um eine Abwehr gegen „Fremde“ handle, wies der Vorsitzende darauf hin, daß die Juden deutsche Staatsbürger seien, er könne derartige Ausdrücke nicht dulden. Der Verteidiger erwiderte, daß er nur seine Ueberzeugung zum Ausdruck habe bringen wollen. Er müsse bei seiner Ansicht beharren. Der Staatsanwalt erblickte in dem Verhalten des Verteidigers eine Ungebühr, die er mit einer Geldstrafe von 50 M. zu ahnden beantragte. Der Vorsitzende verkündete nach längerer Berathung des Gerichtshofes das Urtheil dahin: Dem Angekl. Seblaczel, der die betreffenden Nummern des „Generalanzeigers“ nicht als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hat, hat nicht genügend nachgewiesen werden können, daß er direkt Veranlassung zur Verbreitung der Druckschriften gegeben und er mußte deshalb freigesprochen werden. Was die drei übrigen Angeklagten betrifft, so ist der Gerichtshof von folgenden Erwägungen ausgegangen: Wenn die Angeklagten die Reden des Grafen v. Büdler hier in Berlin zum Abdruck gebracht haben, so müssen sie so beurtheilt werden, als ob sie vor dem Berliner Publikum gehalten wären. Die Reden sind nach Ansicht des Gerichtshofes wohl geeignet, verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten anzureizen. Es handle sich bei § 130 nicht bloß um verschiedene Gewerksklassen, sondern auch um sonstige Verschiedenheiten innerhalb der Bevölkerung. Bei den Juden aber sind bezüglich der Abstammung, des Glaubens und anderer Merkmale solche Verschiedenheiten vorhanden, sie sind Deutsche, aber sie bilden innerhalb der Deutschen eine besondere Klasse. Die Angeklagten mußten sich bewußt sein, daß die Volkskreise, für welche die Flugblätter bestimmt waren, bei geeigneter Gelegenheit auch zu Gewaltthätigkeiten gegen die Juden schreiten könnten. Der Gerichtshof hat Wilberg zu 200 Mark, Bruhns zu 100 Mark, Schürkämper zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt. Daß eine Ungebühr des R. A. Ulrich vorliege, hat der Gerichtshof verneint.

Zur Schiedsgerichtsfrage liegen der Friedenskonferenz im Haag Vorschläge bekanntlich von russischer, englischer und amerikanischer Seite vor. Die beiden letzteren kommen einander sehr nahe und unterscheiden sich eigentlich nur hinsichtlich der Zahl der von jedem Lande zu stellenden Richter. Die meiste Aussicht hat der englische Vorschlag, welchen die Unterkommission auch zuerst in Betracht ziehen wird. Wir geben daher seinen Inhalt in aller Kürze wieder: 1. Einsetzung eines ständigen Hofes für internationale schiedsgerichtliche Entscheidungen. 2. Errichtung eines ständigen Zentral-Bureaus mit einem Sekretär, Archivar und einem Beamtenstab. 3. Jeder Staat ernimmt zwei hervorragende Juristen oder Publizisten zu Mitgliedern des Schiedsgerichtshofes. 4. Falls kontrahirende Staaten einen Schiedspruch verlangen, wählen sie unter sämtlichen Mitgliedern des Hofes so viele Richter aus, als sie über- eingekommen sind. 5. Auch Staaten, welche an dem Abkommen nicht theilgenommen haben, dürfen sich dieses Hofes bedienen. 6. Ueberbies

wird noch ein ständiger Verwaltungsrath eingesetzt und zwar am selben Orte, wo sich das Zentralbureau befindet. Der Rath organisiert das Zentralbureau. 7. Die Kosten werden durch die Unterzeichner des Traktats gemeinschaftlich bestritten.

Ausland. Belgien.

Der belgische Thronfolger, Prinz Albert, hat nach der Eröffnung der Provinzial-Ausstellung von Flandern in Gent mit besonderem Eifer die Sonderausstellung des sozialistischen Center „Vooruit“, der großen sozialistischen kooperativen Genossenschaft, eingehend besichtigt. Der Sozialistenführer und Gemeinderath Hardyns führte den Prinzen, der sich über die sozialistischen Einrichtungen im Interesse der Arbeiter sehr befreudigt aussprach. Als der Prinz in der Mitte des Saales die Marmorbüste des kürzlich verstorbenen Center Sozialistenführers Van Beveren, eines Begründers des „Vooruit“ und der aufgelösten Internationale, erblickte, hielt er vor dieser Büste an und sagte mit lauter Stimme: „Der Tod des Herrn Van Beveren war für die Arbeiterpartei ein Verlust, denn er war ein Mann von weitem Geiste und voll von Billigkeit.“ Der Prinz will am 11. d. M. in Lüttich das große Schießhaus eröffnen, wobei ihm die Sozialistenpresse einen schlechten Empfang in Folge des Wahlgesezes androht hatte.

Franreich.

Zu Ehren Marchands fand am Freitag Abend in Paris bei dem Minister der Kolonien Guillaum ein großer Empfang statt, zu welchem der Ministerpräsident Dupuy, die Minister Delcassé, Krantz und Lockroy, die in Paris anwesenden Mitglieder des diplomatischen Korps, viele Senatoren, Deputirte, Generale, Admirale und sonstige hervorragende Persönlichkeiten erschienen waren. Vor dem Ministerium wogte eine zahlreiche Menge, welche Hochrufe auf Marchand und die Armee ausbrachte.

Großbritannien.

Im englischen Unterhause legte am Freitag der Erste Lord des Schatzes Balfour eine Botschaft der Königin vor, in welcher diese den Wunsch ausdrückt, in Anerkennung der hervorragenden Verdienste Lord Ritschens bei der Vorbereitung und Durchführung der Sudan-Expedition ihm einen ganz besonderen Beweis ihrer Gunst zu geben, und das Haus erlucht, ihr zu ermöglichen, Lord Ritschener ein Geschenk von 30 000 Pfund Sterling zu machen. Die Beratung über diese Angelegenheit wird am Montag stattfinden.

Spanien.

Die spanische Thronrede betont u. a. die herzlichen Beziehungen zu allen Mächten und sagt: Besondere Dankbarkeit schulden wir dem Papste, von dem wir Beweise seines großen moralischen Beistandes erhalten haben. Die Hauptaufgabe und zugleich die schwierigste der Cortes ist die, die Finanzen zu ordnen und die Kriegsausgaben zu regulieren, und zwar mit den gewöhnlichen dauernden Ausgaben vermittelt einer thatkräftigen strengen Politik des Abwägens. In diesem Sinne wird die Regierung schmerzliche Opfer von dem Lande verlangen, die aber in gerechter Weise auf alle Klassen der Bevölkerung vertheilt werden sollen. Die Regierung wird mit den Budgets mehrere Vorlagen einbringen, welche die durch die Verluste der Kolonien und die Kolonialfeldzüge erwachsenen Verpflichtungen regeln und die Staatsschulden zum Theil reorganisieren, die Staatsrenten umgestalten und andere neue Renten schaffen sollen, getreu allen Zbreen, welche die wesentliche Grundlage für die spanische Politik und für die Aufrichtigkeit des Budgets und der Zahlungsfähigkeit Spaniens bleiben werden. In der nächsten Session sollen Vorlagen, welche eine Reorganisation des Landheeres und der Marine auf Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht bezwecken, ein-









